

So stehen die Fraktionen zur Kläranlagen-Finanzierung

SPD, Freie Wähler, Grüne und FDP im Gundelfinger Stadtrat sagen, warum sie trotz des erwarteten Bürgerbegehrens zu ihrer Entscheidung stehen. Die CSU stellte bereits damals andere Forderungen.

Von Dominik Bunk

Gundelfingen In Gundelfingen gehen die Meinungen besonders bei einem Thema auseinander, und zwar, wie die Sanierung der Kläranlage bezahlt werden soll. Die Kosten für das Projekt belaufen sich voraussichtlich auf rund 23,5 Millionen Euro, so die Kostenberechnung im vergangenen Jahr. Das Geld muss auf die Bürgerinnen und Bürger der Stadt umgelegt werden, sie dürfen nicht aus dem Haushalt bezahlt werden. Der Stadtrat hat beschlossen, dass 20 Prozent über die Erhöhung der Abwassergebühren getilgt werden und 80 Prozent in Form von sogenannten Verbesserungsbeiträgen erhoben werden sollen. Das sind direkte Zahlungen von Gebäude- und Grundstücksbesitzern. Je höher diese ausfallen, desto kleiner die Summe, welche die Stadt per Kredit finanzieren muss, und damit auch die Höhe der anfallenden Zinsen. Über diesen Plan sind aber nicht alle Gundelfingerinnen und Gundelfinger glücklich – auch nicht im Gremium.

Die CSU-Fraktion des Stadtrats stimmte nach der Diskussion im Mai geschlossen gegen die 80/20-Lösung. Der Fraktionsvorsitzende Georg Wiedenmann legte einen alternativen Entwurf vor, nämlich lediglich 60 Prozent Verbesserungsbeiträge und 40 Prozent Erhöhung der Abwassergebühren. „Ich finde den Beschluss nach wie vor nicht gut“, erklärt er auf Nachfrage. Auch jetzt, mehrere Wochen später, habe sich die Meinung nicht geändert: „60/40, dazu stehen wir.“ Mehrere Gun-



Die Gundelfinger Kläranlage muss saniert werden. Die Bürgerinnen und Bürger müssen das zum Teil in Form von Verbesserungsbeiträgen bezahlen. Foto: Dominik Bunk

delfinger Bürgerinnen und Bürger haben sich zusammengeschlossen und sammeln Unterschriften für ein Bürgerbegehren. „Schauen wir mal, was da passiert“, sagt Wiedenmann, „falls es eine neue Situation gibt, muss man entscheiden, wenn es so weit ist“.

SPD-Fraktionsvorsitzender Jürgen Hartshauer sagt, er und die anderen Stadträte der Sozialdemokraten stünden Bürgerbegehren grundsätzlich „sehr positiv gegenüber“. „Man kann froh sein, dass das Mittel da ist und Bürgern die Möglichkeit gibt, et-

was zu verändern“, führt er aus. Zur konkreten Forderung, also 40/60, sagt er: „Das ist okay. Wenn der Bürger eine andere Vorstellung hat, dann ist das ja rechtmäßig.“ Seine Fraktion halte aber an der vom Rat beschlossenen Lösung, 80/20, fest. Denn die Höhe der drohenden Zinsen bei einer größeren Kreditaufnahme sei bei einem angespannten Haushalt schwierig. „Das würde das Leben für alle sehr schwer machen“, so Hartshauer. Auch innerhalb der Fraktion habe es mehrere Monate gedauert, bis sich alle Mitglieder

einig waren. Die 80/20-Lösung sei „für alle ein sehr guter Kompromiss“.

Ähnlich beschreibt das auch Joachim Matheis, der einzige Gundelfinger Stadtrat der FDP. „Bei 80/20 ist es erträglicher für die Bürger“, sagt er. Auch er nennt als Hauptgrund die drohenden Zinsen bei einer Finanzierung, die größtenteils von den Abwassergebühren abhängt. Das Thema sei allerdings „sehr komplex“, zudem fehle noch die Berechnungsgrundlage für die Verbesserungsbeiträge. Das Planungsbüro Wipf-

ler aus Pfaffenhofen an der Ilm soll diese zusammenstellen und ermittelt dafür die zulässigen Geschoss- und Grundstücksflächen auf dem gesamten Stadtgebiet. Wichtig sei aber, dass die Gebühren für den Großteil leistbar bleiben. Diese Grenze liegt für Matheis bei etwa 5000 Euro, sagt er.

Auch die Grünen im Stadtrat bleiben bei der Position, für die sie abgestimmt haben. „Wir sind nach wie vor der Meinung, wenn auch zähneknirschend, dass 80/20 der richtige Weg ist“, so Sprecherin Josefine Lenzer. Sie wisse, dass einige Bürgerinnen und Bürger deshalb Sorgen hätten, „wir haben eine zu schlechte Kommunikation beim Thema Zahlen“. Rechenbeispiele, die mittlerweile im Gespräch seien, können diese Angst vielleicht etwas lindern, sagt sie. Die Entscheidung sei „im Sinne der Kinder“, betont sie. Die Rentnerinnen und Rentner treffe es zwar, aber „ansonsten baden es die Kinder aus“.

Die Fraktion der Freien Wähler hält ebenso an ihrer Entscheidung, 80/20, fest. „Ein relativ großer Anteil an Verbesserungsbeiträgen macht mehr Sinn“, sagt der Fraktionsvorsitzende Edelbert Reile. Die Finanzierungsdauer würde sich andernfalls weiter in die Zukunft strecken, damit die Last auf die nächste Generation übergeht. Zudem würden Eigentümer, die keine Verbraucher sind, sondern ihr Gebäude nur vermieten, bevorteilt werden, sagt er. Mieter dementsprechend benachteiligt. „Wenn die Heizung im eigenen Haus kaputtgeht, muss auch der Eigentümer zahlen“, so Reile. Ähnlich sei es bei der Kläranlage.